



FACHGEMEINSCHAFT BAU
BERLIN UND BRANDENBURG e.V.

WAHLPRÜFSTEINE

Wahl Abgeordnetenhaus zu Berlin 2026

VOM BAU | VOM FACH | VON HIER

WAHLPRÜFSTEINE – ABGEORDNETENHAUS ZU BERLIN 2026

Im September entscheiden die Berlinerinnen und Berliner über die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Für die Bauwirtschaft ist diese Wahl von zentraler Bedeutung: Die politischen Weichenstellungen der kommenden Legislaturperiode bestimmen maßgeblich, ob Bauen in Berlin wieder schneller, verlässlicher und bezahlbarer wird.

Eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur und ausreichend bezahlbarer Wohnraum sind grundlegend für die wirtschaftliche Stärke, soziale Stabilität und Klimaanpassungsfähigkeit der Hauptstadtregion. Die mittelständische Bauwirtschaft trägt hierfür täglich Verantwortung, als verlässlicher Partner der öffentlichen Hand und als bedeutender Treiber regionaler Wertschöpfung und Beschäftigung.

Mit unseren Wahlprüfsteinen richten wir den Blick auf die Themen, die für Bauunternehmen, Auftraggeber und Beschäftigte gleichermaßen entscheidend sind. Im Mittelpunkt stehen dabei unter anderem leistungsfähige und klar strukturierte Verwaltungsprozesse, praktikable Vergabe- und Genehmigungsverfahren, verlässliche öffentliche Investitionen sowie Rahmenbedingungen, die Mittelstand, Ausbildung und Fachkräftesicherung stärken.

WOHNUNGSBAU & STADTENTWICKLUNG

1. Wohnungsbau beschleunigen – Verfahren vereinfachen

Berlin braucht deutlich mehr Wohnraum. Entscheidend ist aus Sicht der Bauwirtschaft nicht ein Mangel an Konzepten, sondern die mangelnde Umsetzungsfähigkeit.

Erwartet wird:

- eine konsequente Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- verbindliche Fristen,
- klare Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken und
- eine konsequente Digitalisierung der Bau- und Genehmigungsprozesse.

Ziel ist es, das bislang verbreitete „Behörden-Ping-Pong“ zu beenden und Investitionen planbar zu machen.

2. Bezahlbares Bauen ermöglichen – Standards überprüfen

Die hohen Baukosten sind ein zentrales Hemmnis für den Wohnungsbau.

Die Bauwirtschaft erwartet daher:

- eine kritische Überprüfung baulicher und technischer Standards,
- die konsequente Weiterentwicklung von Initiativen wie Einfach Bauen Berlin und
- mehr Ermessensspielräume für Verwaltung und Genehmigungsbehörden, insbesondere bei Umbau, Aufstockung und Nachverdichtung.

Ziel ist es, kostengünstiger zu bauen, ohne Sicherheit und Qualität zu gefährden.

3. Bestand vor Neubau mitdenken – Stadtentwicklung pragmatisch gestalten

Neben dem Neubau rückt die Entwicklung des Bestands stärker in den Fokus.

Die Bauwirtschaft erwartet:

- rechtliche und praktische Erleichterungen für Umbau, Umnutzung und Aufstockung,
- eine Stadtentwicklung, die Nachverdichtung ermöglicht, statt sie zu blockieren, und
- planungsrechtliche Instrumente, die schneller angewendet werden können.

Wohnungsbau und Stadtentwicklung müssen stärker zusammengedacht werden – mit Blick auf Quartiere, Infrastruktur und soziale Mischung.

4. Investitionen verlässlich, mittelstandsfreundlich und investitionsoffen gestalten

Wohnungsbau und Stadtentwicklung sind ohne öffentliche, aber auch ohne private Investitionen nicht leistbar. Neben öffentlichen Programmen braucht Berlin investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, die private Initiative ermöglichen und mobilisieren.

Die Bauwirtschaft erwartet daher:

- eine verlässliche und langfristig angelegte Investitionsstrategie des Landes Berlin, die öffentlichen Investitionen mit der gezielten Aktivierung privaten Kapitals verbindet,
- mittelstandsfreundliche Vergabe- und Förderstrukturen, die auch privat initiierte Projekte sowie gemischtwirtschaftliche Modelle ermöglichen,
- kleinteilige Lose statt Generalvergaben, um regionale Unternehmen und private Investoren einzubinden,
- qualitativ bessere, realistisch kalkulierbare Ausschreibungen, die wirtschaftlich tragfähige Projekte zulassen, sowie
- klare, verlässliche und zügige Genehmigungsprozesse, damit private Investitionsentscheidungen planbar umgesetzt werden können.

Private Initiative ist ein zentraler Hebel für zusätzlichen Wohnraum und funktionierende Stadtentwicklung. Öffentliche Auftraggeber müssen dabei selbst handlungsfähig sein und ihre Rolle als verlässlicher Partner für Unternehmen, Investoren und Projektträger wahrnehmen.

5. Stadtentwicklung als Wirtschafts- und Standortpolitik verstehen

Wohnungsbau ist aus Sicht der Bauwirtschaft mehr als Sozial- oder Klimapolitik.

Erwartet wird:

- eine Stadtentwicklungspolitik, die Wirtschaft, Wohnen und Infrastruktur gemeinsam denkt,
- realistische Mobilitäts- und Nutzungskonzepte, die Bau- und Handwerksbetriebe nicht behindern, und
- ein enger, kontinuierlicher Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Bauwirtschaft.

Nur so kann Berlin als Wirtschafts- und Wohnstandort gleichermaßen funktionieren.

VERWALTUNG

1. Klare Zuständigkeiten etablieren und Behörden-Ping-Pong beenden

Ein zentrales Hemmnis für Investitionen und Bauprojekte in Berlin sind unklare und sich überschneidende Zuständigkeiten zwischen Senat, Bezirken und nachgeordneten Behörden.

Die Bauwirtschaft erwartet:

- eindeutig geregelte Verantwortlichkeiten,
- verbindliche Entscheidungswege und
- eine Stärkung der fachlichen Zuständigkeit dort, wo Entscheidungen tatsächlich getroffen werden.

Ziel ist eine Verwaltung, die entscheidet, statt weiterzureichen.

2. Gesetze wirksam umsetzen – nicht nur beschließen

Berlin verfügt mittlerweile über zahlreiche gesetzliche Instrumente zur Beschleunigung wie zum Beispiel das Schneller-Bauen-Gesetz. Aus Sicht der Bauwirtschaft reicht das formale Vorhandensein dieser Regelungen jedoch nicht aus. Dies gilt ausdrücklich auch für die bundesrechtlichen Beschleunigungsinstrumente des BauTurbo-Pakets, insbesondere § 246e BauGB.

Erwartet wird:

- eine konsequente Anwendung in der Verwaltungspraxis,
- Schulungen und klare Handreichungen für die Vergabestellen und
- eine regelmäßige Evaluation und Nachsteuerung, wenn Maßnahmen in der Praxis nicht greifen.

Bürokratieabbau misst sich am Ergebnis – nicht an der Gesetzeslage.

3. Vergabewesen modernisieren und professionalisieren

Das öffentliche Vergabewesen ist einer der größten Bürokratietreiber Berlins.

Die Bauwirtschaft erwartet:

- eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Vergabeverfahren,
- den Abbau überflüssiger Nachweis- und Abfragepflichten,
- die konsequente Anwendung des Once-only- und Best-Bieter-Prinzips,
- Einführung der Angebotsbewertung nach dem besten Leistungs-Preis-Verhältnis und
- eine stärkere Zentralisierung und Professionalisierung der Vergabestellen.

Vergaben müssen wieder kalkulierbar, mittelstandsfreundlich und praxistauglich werden.

4. Digitalisierung konsequent und durchgängig umsetzen

Digitalisierung darf nicht bei Insellösungen stehen bleiben.

Erwartet wird:

- eine durchgängige digitale Abwicklung von Bau-, Genehmigungs- und Vergabeverfahren,
- medienbruchfreie Prozesse zwischen den beteiligten Stellen und
- eine verbindliche Nutzung digitaler Verfahren durch alle Ebenen der Verwaltung.

Ziel ist eine Verwaltung, die schneller, transparenter und ressourcenschonender arbeitet.

5. Vertrauen statt Misstrauen als Verwaltungsprinzip

Viele bürokratische Anforderungen beruhen auf einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Antragstellern und Unternehmen.

Die Bauwirtschaft erwartet:

- einen Perspektivwechsel hin zu mehr Vertrauen,
- stärkere Nutzung von Ermessensspielräumen und
- eine Verwaltungskultur, die auf Kooperation statt Kontrolle setzt.

Nicht nur in Krisenzeiten braucht es pragmatische Lösungen statt formaler Blockaden.

6. Verwaltung als Partner der Stadtentwicklung begreifen

Moderne Verwaltung ist ein aktiver Ermöglicher, nicht der Engpass.

Erwartet wird:

- ein regelmäßiger, strukturierter Austausch zwischen Verwaltung und Bauwirtschaft,
- frühzeitige Einbindung der Praxis bei neuen Regelungen und
- ein gemeinsames Verständnis von Verwaltungsmodernisierung als Standortpolitik.

Nur eine leistungsfähige Verwaltung ermöglicht Wohnungsbau, Infrastruktur und wirtschaftliche Stabilität.

FACHKRÄFTE & AUSBILDUNG

Der Fachkräftemangel ist eines der größten strukturellen Risiken für den Wohnungsbau, die Infrastrukturentwicklung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Berlins. Schon heute stoßen Bauunternehmen an Kapazitätsgrenzen. Die Bauwirtschaft erwartet daher eine Fachkräfte- und Ausbildungspolitik, die praxisnah, verlässlich und langfristig angelegt ist.

1. Berufliche Ausbildung stärken statt zusätzliche Belastungen schaffen

Die duale Ausbildung ist das Rückgrat der Fachkräftesicherung im Bau.

Die Bauwirtschaft erwartet:

- eine klare politische Priorisierung der betrieblichen Ausbildung,
- eine stärkere Anerkennung der Ausbildungsleistung des Mittelstands.

2. Ausbildungsqualität sichern und Berufsschulen stärken

Eine erfolgreiche Ausbildung erfordert leistungsfähige Berufsschulen.

Die Bauwirtschaft erwartet:

- moderne, gut ausgestattete Berufsschulen, die den Anforderungen der Baupraxis entsprechen,
- eine enge Abstimmung zwischen Schulen, Betrieben und Kammern und Verbänden.

Nur wenn Theorie und Praxis zusammenpassen, bleibt die Ausbildung attraktiv und erfolgreich.

3. Wohnen und Fachkräfte verzahnen – Standortfaktor Bauwirtschaft stärken

Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale Voraussetzung für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften. Gerade im Bau- und Handwerksbereich verschärfen hohe Mieten, lange Wege und fehlende Wohnangebote für Auszubildende und Beschäftigte den Fachkräftemangel zusätzlich. Aus Sicht der Berliner Bauwirtschaft müssen Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Fachkräftesicherung daher deutlich stärker zusammengedacht werden.

Die Bauwirtschaft erwartet:

- eine gezielte Förderung von Mitarbeiter- und Azubiwohnen, insbesondere in der Nähe von Ausbildungs- und Beschäftigungsstandorten,
- schnelle und unbürokratische Genehmigungen für Wohnprojekte, die der Fachkräftesicherung dienen (z. B. Werks-, Azubi- oder Mischwohnformen),
- eine stärkere Verzahnung von Wohnungsbau-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf Landesebene sowie
- verlässliche Förder- und Investitionsbedingungen, die auch mittelständischen Unternehmen die Realisierung solcher Projekte ermöglichen.

Ziel ist es, Fachkräfte nicht nur auszubilden, sondern dauerhaft in Berlin zu halten.

Ohne bezahlbaren Wohnraum verliert Berlin im Wettbewerb um qualifizierte Beschäftigte – zulasten von Bauprojekten, Infrastrukturvorhaben und der Daseinsvorsorge insgesamt.

4. Fachkräftezuwanderung praktikabel gestalten

Die Gewinnung internationaler Fachkräfte kann einen wichtigen Beitrag leisten – sie darf jedoch nicht an Bürokratie scheitern.

Erwartet wird:

- klare Zuständigkeiten und verbindliche Fristen,
- eine bessere Verzahnung von Ausländerbehörden, Arbeitsagenturen, Kammern und Verbänden.

Fachkräftezuwanderung muss praxistauglich organisiert sein, damit sie in den Betrieben tatsächlich ankommt.

5. Handwerk und Bauwirtschaft als Zukunftsberufe sichtbar machen

Der Nachwuchsmangel beginnt bei der Berufsorientierung.

Die Bauwirtschaft erwartet:

- eine stärkere Verankerung beruflicher Bildung in Schulen,
- realistische und positive Berufsorientierung, die handwerkliche und bauliche Berufe als moderne Zukunftsberufe darstellt, und
- eine gleichwertige Behandlung beruflicher und akademischer Bildungswege.

Ohne Nachwuchs keine Bauleistung – ohne Bauleistung kein Wohnungsbau und keine Infrastruktur.

EINORDNUNG

Die Bauwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie schafft die Voraussetzungen für Mobilität, eine leistungsfähige Infrastruktur, wirksame Klimaanpassung und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Damit sie diese Aufgaben zuverlässig und in der erforderlichen Geschwindigkeit erfüllen kann, braucht es verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen, handlungsfähige und gut ausgestattete Verwaltungen, planbare öffentliche Investitionen sowie einen fairen, mittelstandsorientierten Ordnungsrahmen.

Die vorliegenden Wahlprüfsteine bündeln jene politischen Handlungsfelder, in denen Entscheidungen des Landes Berlin den größten und zugleich kurzfristig wirksamen Einfluss entfalten können. Sie zeigen auf, an welchen Stellschrauben angesetzt werden muss, um Bauen wieder zu ermöglichen, Investitionen zu mobilisieren und die Bauwirtschaft als starken Partner für die Entwicklung der Hauptstadtregion zu sichern.

IMPRESSUM

Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V.
Nassauische Str. 15 | 10717 Berlin
Tel. 030 / 86 00 04-0 | Fax 030 / 86 00 04-12
engelmohr@fg-bau.de | www.fg-bau.de